

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 73 (1995)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die populistische Herausforderung in Westeuropa und Nordamerika  
**Autor:** Betz, Hans-Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341158>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die populistische Herausforderung in Westeuropa und Nordamerika

Der Durchbruch populistischer Bewegungen und Parteien in breiter Front am Anfang der neunziger Jahre stellt eine der wichtigsten politischen Entwicklungen in den Demokratien Westeuropas und Nordamerikas dar. Gerade das Superwahljahr

---

**Hans-Georg Betz**  
**The Paul H. Nitze School of**  
**Advanced International Studies**

---

1994 hat gezeigt, in welchem Masse sich aus der populistischen Versuchung Gewinn schlagen lässt. Ob Jean-Marie Le Pen, Philipp de Villiers und Bernard Tapie bei den Europawahlen in Frankreich, Umberto Bossi und Silvio Berlusconi bei den italienischen Parlamentswahlen, Jörg Haider bei den österreichischen Nationalratswahlen, Gregor Gysi bei den deutschen Bundestagswahlen<sup>1</sup>, oder Filip Dewinter bei den Kommunalwahlen in Antwerpen, alle verdanken sie ihren Erfolg einem ausgeprägten populistischen Instinkt und Talent. Mag auch der eine oder andere populistische Stern am westeuropäischen Polithimmel schnell verglühen (z. B. Franz Schönhubers Republikaner), deuten doch alle Anzeichen darauf hin,

<sup>1</sup> Die meisten populistischen Parteien und Bewegungen sind auf der rechten Seite anzusiedeln. Es gibt jedoch – wenn auch nur wenige – Beispiele auf der linken Seite: so Gysis PDS. Die Red.

dass wir erst am Anfang eines tiefgreifenden politischen Wandlungsprozesses sind.

Spätestens seitdem die Revolte der «angry white men» bei den letztjährigen Kongresswahlen ein politisches Erdbeben auslöste, ist die populistische Wende auch in den Vereinigten Staaten auf der Tagesordnung. Dabei können die USA auf eine lange Geschichte populistischer Versuche verweisen. Die erste Bewegung bildete sich aus einer Koalition aus verärgerten Bauern und Bergarbeitern, die sich Anfangs der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts unter Berufung auf die Grundprinzipien der amerikanischen Demokratie gegen die privilegierten und korumpierten Eliten der Ostküste zusammenfanden. Amerikas erste populistische Partei, Tom Watson's People's Party, verschrieb sich dem Kampf «der Ausgeplünderten gegen die Plünderer», der «Opfer gegen die Räuber».

Seitdem hat sich, zumindest was Ton und Inhalt des populistischen Diskurses betrifft, kaum etwas geändert.<sup>2</sup> Heute wird die politische Szene von einem disparaten und dissonanten Haufen aus Ross Perot und Pat Buchanan America-first Protektionisten, Newt Gingrich Third-wave Konservativen, christlichen Fundamentalisten

<sup>2</sup> Lee Walczak, «The New Populism», *Business Week*, 13. März 1995, S. 73-80.

und Rush Limbaugh talk-radio hosts<sup>3</sup> beherrscht. Was sie verbindet ist die Abscheu gegenüber dem politischen Establishment und die Fähigkeit, die bei weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung untergründig schwellenden Ressentiments zu schüren. Ironischerweise war es Bill Clinton, der als einer der ersten Politiker auf den populistischen Zug aufsprang. Als «new Democrat» präsentierte er sich vor den letzten Präsidentschaftswahlen als Anwalt der Mittelklasse, deren Besorgnisse und Ängste er geschickt für seine eigenen politischen Ambitionen zu instrumentalisieren verstand. Die weitverbreitete Enttäuschung über das Ausbleiben der versprochenen Erneuerung erklärt zumindest zum Teil die Wählerrevolte des letzten Jahres.

Doch man macht es sich sicherlich zu einfach, den populistischen Aufschwung der neunziger Jahre allein am Versagen einzelner PolitikerInnen festzumachen. Er ist vor allem Ausdruck eines tiefgreifenden Malaise der politischen Kultur, die fast alle westlichen Demokratien während des letzten Jahrzehnts erfasst hat. Der Populismus der neunziger Jahre ist somit in erster Linie eine Antwort auf die Politikverdrossenheit der achtziger Jahre. Eine im letzten Jahr erschienene Studie zur aktuellen politischen Situation in den Vereinigten Staaten beschreibt dies mit aller Deutlichkeit. «Zu keiner Zeit in der Geschichte haben sich so viele AmerikanerInnen so von ihrer Regierung entfremdet gefühlt. Noch nie waren so viele der Meinung, ihr Stimmzettel gelte so wenig.» Umfragen untermauern diese These. So meinten Ende letzten Jahres etwa zwei Drittel der Befragten, die meisten PolitikerInnen kümmerten sich nicht darum, was die Leute denken. Und nach einer kürzlich erschienen Umfrage bekundeten weniger als zehn Prozent der Befragten «grosses Vertrauen» in die amerikani-

<sup>3</sup> Talk-radios sind Unterhaltungssendungen und keine Informationssendungen. Rush Limbaugh ist mit 20 Millionen ZuhörerInnen der erfolgreichste Radio-talk-master in den USA. Die Red.

sche Regierung. 72 Prozent der Befragten meinten, Washington schaffe mehr Probleme als es löst.<sup>4</sup>

Was das Ausmass an Politikverdrossenheit betrifft, stehen die Vereinigten Staaten somit kaum Westeuropa nach, wo man bereits seit Jahren den sich beschleunigenden Vertrauensverlust der politischen Institutionen und des politischen Entscheidungsprozesses beklagt, ohne ihm jedoch wirksam begegnen zu können. Dies liegt vor allem auch an der immer noch mangelhaften Ursachenerforschung. So hat die nicht enden wollende Serie von Skandalen und Korruptionsfällen sicherlich ihren Teil zur massiven Diskreditierung der politischen Klasse in einer Reihe von westlichen Demokratien beigetragen. So meinten in einer kürzlichen Umfrage 62 Prozent der französischen Bevölkerung, die meisten PolitikerInnen seien korrupt.<sup>5</sup>

### Legitimationsverluste

Das Ergebnis mag ein weiterer Schritt zum Legitimationsverlust der politischen Klasse sein, doch erklärt es kaum das Ausmass von Wählermissmut und Verdruss. Eher schon resultiert das politische Malaise der neunziger Jahre aus einer Kombination von mehreren Entwicklungen, deren wichtigste wirtschaftlicher und soziokultureller Natur sind. Eine zentrale Rolle spielt dabei die generelle Verunsicherung im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit angesichts einer sich immer rascher integrierenden globalisierten Wirtschaft zu erhalten oder zurückzugewinnen, setzen immer mehr Unternehmen in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten auf eine Intensivierung der Produktivität via «cor-

<sup>4</sup> *The New Political Landscape*, Times Mirror Center for the People & The Press, Washington, 1995, S. 3; «The New Populism», *Business Week*, 13 März 1995, S. 80; Guy Gugliotta, «Scaling Down the American Dream», *The Washington Post*, 19. April 1995, S. A21.

<sup>5</sup> «La France populiste», *Le Nouvel Observateur*, 9-15. März, 1995, S. 6.

**Der Populismus  
der neunziger  
Jahre ist somit in  
erster Linie eine  
Antwort auf die  
Politikverdrossen-  
heit der acht-  
ziger Jahre.**

**Zweifellos ist der  
Aufstieg des  
organisierten  
Populismus in  
den letzten  
Jahren vor allem  
auch mit dem  
Gefühl verknüpft,  
ungeschützt  
tiefgreifenden  
Entwicklungen  
ausgeliefert zu  
sein.**

porate downsizing» – Euphemismus für die zum Teil drastische Reduzierung von Arbeitskräften. Im Gegenzug verlieren nationale Staaten immer mehr an Handlungsspielraum, muss die alte Staatsmacht «nahezu ohnmächtig zusehen, wie anonyme Kräfte der Konkurrenz im eigenen Haus zunehmend das Sagen bekommen». <sup>6</sup> Die Turbulenzen auf den Währungsmärkten sind nur ein, wenn auch augenfälliges, Anzeichen dieser Entwicklung.

Die Folgen des beschleunigten Strukturwandels werden von immer mehr Menschen als eine Verschlechterung ihrer Lebenschancen erfahren: Stagnierende Einkommen, eine dramatische Erweiterung der Kluft zwischen arm und reich, der unaufhaltsame Trend hin zur Zweidrittgesellschaft, der drohende soziale Abstieg. Gerade die Vereinigten Staaten bieten dabei ein Paradebeispiel für die Zersplitterung der Gesellschaft. Dort hat sich im Zug der globalisierten Informationsgesellschaft eine neue «kognitive Elite» herausgebildet, die ihr Talent global zu vermarkten weiss und sich immer mehr vom Rest der Gesellschaft abzusetzen droht. Auf der anderen Seite werden die USA mit der scheinbar unaufhaltenden Ausweitung der «losing class» konfrontiert, jenen AmerikanerInnen, über denen das permanente Damoklesschwert des Jobverlusts schwebt und deren Einkommen stagnieren oder inflationsbedingt gesunken sind. Einer kürzlich erschienen Studie zufolge sind die Unterschiede zwischen arm und reich heute nirgends so ausgeprägt wie in den Vereinigten Staaten. 1989 verfügten die 1 Prozent der Haushalte an der Spitze der Vereinigten Staaten über 40 Prozent des Gesamtvermögens. <sup>7</sup>

Die Folge sind Verunsicherung, Pessimismus und Zukunftsangst bei weiten Teilen

<sup>6</sup> Klaus von Dohnanyi, «Der Mythos der SPD», *Der Spiegel* Nr. 48, 1995, S. 50.

<sup>7</sup> Keith Bradsher, «U. S. Wealth Inequality Seen as Widest in Rich Nations», *The New York Times*, 17. April 1995, S. D4.

der Bevölkerung. Auf die Frage: «Glauben Sie, die Zukunft der nächsten Generation von AmerikanerInnen werde besser, schlechter oder genauso sein wie das Leben heute?» antworteten im November 1994 57 Prozent mit «schlechter», 21 Prozent mit «genauso» und nur 18 Prozent mit «besser». Dass dieses Gefühl der Verunsicherung nicht allein auf die USA beschränkt ist, zeigen aktuelle Umfragen aus Westeuropa. So antworteten vor einigen Wochen auf die Frage, was sie am meisten beunruhige, 43 Prozent der französischen Bevölkerung: «la remise en cause des acquis». <sup>8</sup>

### **Organisierter Populismus**

Zweifellos ist der Aufstieg des organisierten Populismus in den letzten Jahren vor allem auch mit dem Gefühl verknüpft, ungeschützt tiefgreifenden Entwicklungen ausgeliefert zu sein, die zu beeinflussen, geschweige denn zu kontrollieren, dem einzelnen unmöglich ist. Oder wie es kürzlich ein Beitrag im *Nouvelle Observateur* zum Thema Populismus in Frankreich formulierte: «C'est quand il se sent abandonné que le peuple cède aux sirènes des populistes». Wirtschaftliche Bedrohungsängste erklären jedoch nur zum Teil die gegenwärtige populistische Renaissance. Der Populismus der neunziger Jahre speist sich zu einem gewichtigen Teil auch aus der Erschöpfung der Moderne und ihrer Verheissung von linearem Fortschritt und säkularer Erlösung und der Allgemeingültigkeit von rational begründeten Werten. Der postmodern aufgemotzte populistische Diskurs der neunziger Jahre stellt dem kritischen Intellektuellen und technokratischen Politiker der Nachkriegszeit den «gesunden Menschenverstand» des sprichwörtlichen kleinen Mannes auf der Strasse gegenüber. Der amerikanische Hi-

<sup>8</sup> «The New Populism», S. 80; «La France populiste», S. 6; zur aktuellen Lage in den USA siehe auch Hans-Georg Betz, «Grosse Malaise, tiefgreifende Verwerfungen», *Kommune* Nr. 1, 1995, S. 6-9.

storiker Richard Kazin bringt es in seinem kürzlich erschienen Buch *The Populist Persuasion* auf den Punkt, wenn er schreibt, wer heute Wahlen gewinnen will, stellt sich auf die Seite der «real people – those with more common sense than disposable income – and opposed to their elite enemies, whoever they might be».<sup>9</sup> Die Effektivität populistischer Strategien ist somit auch eine Folge der Diskreditierung traditioneller politischer Eliten und deren oft abgehobener Art, Politik zu betreiben. Die populistische Strategie ist dagegen die Strategie des politischen Marketing, der konsumentenorientierten Politikvermittlung, die sich darauf konzentriert, bereits in den Bevölkerung vorherrschende Stimmungen und Meinungen abzurufen, zu kanalisieren und in griffige Werbeslogans umzusetzen. So Jean-Marie Le Pen, wenn er sagt: «Les idées que je défends? Les vôtres.» Und leicht abgewandelt Jörg Haiders 1994 Wahlslogan: «Er sagt, was wir denken». Diese «Handlungsstrategie einer konsequenten Orientierung am Kunden» bedeutet jedoch auch, wie unlängst Hannes Krall hervorgehoben hat, «vollständige Anpassung und Unterordnung und Verzicht auf eine Orientierung an eigenen Interessen».<sup>10</sup> Populismus degeneriert zum Opportunismus.

Die Marketingstrategie wird schliesslich immer mehr von der Medialisierung von Wahlkampagnen begünstigt, die dem Hang zur Selbstinszenierung Vorschub leistet. Gerade Silvio Berlusconi hat in dieser Hinsicht Pionierarbeit geleistet, indem er sich selbst als «Produkt» seiner eigenen Firma telegerecht verpackt dem staunenden Publikum anbot mit der Begründung: «Perché siamo un nuovo prodotto politico e come tale dobbiamo farci conoscere».<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Michael Kazin, *The Populist Persuasion*, New York: Basic Books, 1995, S. 271.

<sup>10</sup> Hannes Krall, «Rechtspopulismus am Beispiel Jörg Haiders», *Journal für Sozialforschung*, Nr. 3/4, 1992, S. 368.

<sup>11</sup> R. Rosati, «Fenomeno Silvio», *Panorama*, 8. April 1994, S. 11.

Zweifellos ist der Populismus zumindest wahlpolitisch eines der erfolgreichsten politischen Phänomene der heutigen Zeit. So gewann das Dreigespann Le Pen, de Villiers und Tapie bei den Europawahlen 1994 mehr als ein Drittel aller Stimmen, erreichte Jörg Haider bei den letzten Nationalratswahlen mehr als 22 Prozent, errangen die Republikaner bei den Kongresswahlen im letzten Jahr die Mehrheit in beiden Kammern. Doch Wahlerfolge bedeuten nicht immer auch politischen Einfluss oder Macht. Was also ist die Bilanz der populistischen Revolte? Oberflächlich gesehen haben sich populistische Parteien und politische Entrepreneure wie Ross Perot und Silvio Berlusconi durchaus als Motoren tiefgreifender institutioneller und vor allem thematischer Veränderungen profiliert. Der Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems samt consociativismo und trasformismo<sup>12</sup> geht zu einem nicht geringen Teil auf das Konto der Lega Nord, deren Aufstieg bei den Wahlen 1992 den Mailänder Magistraten erst jenen Spielraum für ihre «manipulite» Kampagne gab, die das Ende der Ersten Republik besiegelte. Am nicht weniger dramatischen Niedergang des Österreichischen Proporzsystems hat Jörg Haiders junge Garde von Saubermännern einen nicht zu unterschätzenden Anteil, die just am Höhepunkt des Wahlkampfes den einen oder anderen Kammerpräsidenten aus den Reihen der Volksparteien enlarvt, der auf seinem Proporzposten auf Kosten der Allgemeinheit kräftig abkassiert. Und zweifellos ist die Legitimationskrise der amerikanischen Version des Wohlfahrtsstaats, jener Synthese aus Roosevelts New Deal und Johnsons Great Society, durch den Erfolg von Gingrichs populistischer Umstrukturierung der Republikanischen Partei entscheidend beschleunigt worden.

<sup>12</sup> Consociativismo und trasformismo entsprechen der italienischen Tradition, die Opposition institutionell einzubinden. Die Red.

**Populismus**

**degeneriert zum**

**Opportunismus.**

**Die Voraussetzung für diese Umwälzungen war in erster Linie die wachsende öffentliche Unzufriedenheit mit dem status quo.**

Darüber hinaus hat der Aufstieg vor allem radikal rechtspopulistischer Parteien wie des Front national in Frankreich, des Vlaamsbloks in Belgien, der FPÖ in Österreich, der Autopartei in der Schweiz sowie zum Teil auch der Lega Nord in Italien zu dramatischen Gewichtverschiebungen im politischen Diskurs geführt. Standen in den achtziger Jahren noch Forderungen nach einer Wende in der Umweltpolitik, nach mehr Rechten für AusländerInnen und Minderheiten sowie nach einer realen Gleichstellung von Frauen im Mittelpunkt der politischen Diskussion, so stiegen im Zuge der populistischen Revolte die Fragen der Folgen ungebremster Einwanderung, des «überzüchteten» Sozialstaats und der angeblichen Bevorzugung von Minderheiten zu zentralen politischen Themen auf. Sie sind Ausdruck einer neuen Kultur des Ressentiment mit grenzübergreifender Resonanz. So findet sich Jörg Haider's Bild vom Arbeitslosen, der es sich in der «Hängematte des Sozialstaats» gutgehen lässt, neuerdings bei Pete Wilson, dem Gouverneur Kaliforniens und treibende Kraft hinter proposition 187 gegen illegale Einwanderer. Auch hier zeigen vor allem Umfragen auf, in welchem Masse populistische Thesen und Schlagwörter bereits ins öffentliche (Unter)Bewusstsein gedrungen sind. So stimmten kürzlich mehr als die Hälfte der französischen Bevölkerung der Behauptung zu, in Frankreich werde heute für Ausländer mehr getan als für Franzosen.<sup>13</sup>

Die Verbreitung und Verankerung solcher und ähnlicher Einstellungen mag den Eindruck erwecken, rechtspopulistische Bewegungen stellen eine ernste Bedrohung westlicher politischer Systeme und demokratischer Kompromissregeln dar. Dies jedoch unterschätzt die Schwierigkeiten, mit denen eine jede neue politische Formation in den fortgeschrittenen westlichen Demokratien konfrontiert ist, mag sie sich auch noch so populistisch gebärden. Zwar

<sup>13</sup> «La France populiste», S. 6.

haben sowohl die Lega Nord wie auch die FPÖ sicherlich einen gehörigen Anteil an den tiefgreifenden Umwälzungen in den politischen und institutionellen Systemen Italiens und Österreichs. Doch die Voraussetzung für diese Umwälzungen war in erster Linie die wachsende öffentliche Unzufriedenheit mit dem status quo. Es ist bezeichnend, dass bei den letzten Nationalratswahlen immerhin 68 Prozent der FPÖ-WählerInnen ihre Wahl damit begründeten, dass «die FPÖ ernsthaft gegen Skandale und Privilegien ankämpft».<sup>14</sup> Und die jüngsten Probleme der Lega Nord sowie Silvio Berlusconi haben gezeigt, wie schnell politisches Kapital verpuffen kann.

### **Grenzen populistischer Mobilisierungskapazitäten**

Gerade auch die Diskussion über die wirtschaftliche Integration in Westeuropa und Nordamerika hat die Möglichkeiten, aber auch Grenzen populistischer Mobilisierungskapazitäten aufgezeigt. Zwar gelang es Ross Perot, eine disparate Koalition von NAFTA Gegnern gegen die wirtschaftliche Integration mit Mexiko ins Leben zu rufen, doch erwies sich seine Strategie der Mobilisierung von diffusen Ängsten und protektionistischem Nationalismus letztendlich zu schwach, den Lauf der Dinge grundlegend zu ändern. Ähnliches geschah in Westeuropa, wo dezidierte Maasricht Gegner wie Jörg Haider und Jean-Marie Le Pen empfindliche Niederlagen bei Volksabstimmungen hinnehmen mussten. Dabei ist das österreichische Beispiel besonders lehrreich: Umfragen zeigen, dass zumindest eine starke Minderheit der FPÖ Anhänger pro-EU eingestellt war. Dagegen führte die populistische Kampagne der Gegner des EWR-Vertrags unter der massgeblichen Führung von Christoph Blocher zum knappen Erfolg

<sup>14</sup> Fritz Plasser, Peter Ulram, Erich Neuwirth und Franz Sommer, *Analyse der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994*, Fessel + GfK, Wien, 1994, S. 19.

und bestätigte einmal mehr die starke Basis des Schweizer Sonderwegs.

Doch sind es wiederum die Vereinigten Staaten, die vielleicht das beste Beispiel für die Schwierigkeiten bietet, mit denen der Rechtspopulismus konfrontiert wird, wenn er an die Macht gelangt. Zwar wurden die Republikaner zumindest in der Theorie in den Kongress gewählt, um jenes drastische Erneuerungsprogramm des gesamten soziopolitischen System durchzuziehen, wie es im «Contract with America» festgeschrieben ist. Doch bereits nach wenigen Wochen zeigt sich, wie wenig die amerikanische Bevölkerung bereit zu sein scheint, radikale Veränderungen auch wirklich zu unterstützen. So war zum Beispiel im Februar diese Jahres mehr als die Hälfte der Anhänger der Republikaner dafür, dass unverheiratete Mütter unter 18 auch weiterhin Sozialhilfe erhalten, obwohl die Partei massiv für einen Stop der Sozialhilfe in diesen Fällen die Trommel rührte. Und seit Januar hat sich der Anteil der Bevölkerung, der der Meinung ist, dass «Republicans go too far in helping the poor and cutting needed government services that benefit average Americans as well as the poor» von 45 auf 59 Prozent erhöht.<sup>15</sup>

Gerade hier zeigt sich das grundlegende Problem populistischer Politik. Zu oft erschöpft sie sich in der Sammlung und Bündelung von Ängsten und Ressentiments, auf die sie im Grunde keine Antwort hat. Denn die Ängste und Ressentiments der letzten Jahre rühren von grundlegenden globalen wirtschaftlichen Veränderungen, über die nationale Regierungen weitgehend die Kontrolle verloren haben. So bleibt als einziger Ausweg eine Politik des Ressentiments gegen «die da oben» und gegen die Schwachen («Sozialschmarozer») und Ausgegrenzten («Wirtschaftsflüchtlinge»). Doch ist der Erfolg beider Strategien zweifelhaft. Zum einen,

<sup>15</sup> *The New York Times*, 28. Februar 1995, S. A21; *The Washington Post* 21. März 1995, S. A6.

weil «die da oben» immer weniger Einfluss auf die Lebenschancen des einzelnen haben; zum anderen – siehe die Entwicklung in den Vereinigten Staaten –, weil die Mittelklasse immer mehr fürchtet, dass Beschneidungen und Kürzungen bei den Sozialleistungen der Schwachen unweigerlich zu Beschneidungen und Kürzungen bei den Sozialleistungen der Mittelklasse führen werden.

Eine Intensivierung der Kultur des Ressentiments und der Politikverdrossenheit scheint somit vorprogrammiert und damit der weitere Vormarsch populistischer Bewegungen und politischer Unternehmer, die daraus Kapital zu ziehen suchen. Wie sagte nicht America-first populist Pat Buchanan, als er sich Ende März offiziell zum Präsidentschaftskandidat erklärte: «When I am elected president, there will be no more NAFTA sellout of American workers, no more GATT deals done for the benefit of Wall Street bankers. And there will be no more \$50 billion bailout of Third Worlds socialists – whether in Moscow or Mexico City. (...) This campaign is about an America that once again looks out for its own people and our own country first...»<sup>16</sup>

<sup>16</sup> *The Washington Times*, S. A4.

**Hans-Georg Betz**, Ph.D. in Political Science, MIT, 1988. Seitdem Lehrtätigkeit in Milwaukee (Marquette University und Rom (Loyola University Chicago und Trinity College Hartford). Seit 1994 Assistant Professor of European Studies an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University.

**Publikationen:** *Radical Right-Wing Populism in Western Europe* (New York: St. Martin's Press, 1994); *Postmodern Politics in Germany* (New York: St. Martin's Press, 1991). Zahlreiche Beiträge in amerikanischen, englischen und deutschen Zeitschriften.